

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

DIE LINKE.

LAG Christinnen und Christen in Hessen

Übersicht Heft 1 /2016

- Editorial - 1/ Einführung - 2/
- H. Böttcher, Krise und Flucht - 2/
- M. Herndlhofer, „Fluchtursachen“- 4
- F. Segbers, Fluchtursachen – 6/
- Geflüchtete in Europa aufnehmen - eine moral. u. politische Pflicht - 6/
- Prof. Jürgen Bründl, Der Flüchtling als der exemplarisch Arme – 8
- St. Wahl, Fluchtursachen beseitigen – Menschenrechte schützen, - 9/
- Beispiel Westsahara. Vergessen und verkauft - 11/
- Kirchenführer zur Flüchtl.frage - 11/
- Dunkelkammer Absurdistan - 12/
- Publikationen - 14 /
- Veranstaltungen - 15 /
- Impressum – 16

Redaktion dieser Ausgabe: Martin F. Herndlhofer, Steffanie Wahl

Was schuldet Europa den Flüchtlingen? oder: Die Flüchtlingsfrage vom Kopf auf die Beine gestellt

EDITORIAL

Wir versuchen in dieser Ausgabe von micha.links die in der Öffentlichkeit eher unüblichen Fragen zu dem zu stellen, was der gelenkte Mainstream als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet.

Wir fragen zunächst, wieweit die massenhaften Fluchtbewegungen mehr sind als bloße katastrophale Auswirkungen von Krisen in verschiedenen Regionen der Erde. Also: Indikatoren oder besser noch: Ganz reale Prozesse, in denen sich die umfassender verstandene Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ausdrückt. Und zwar in ganz unterschiedlichen Formen (Krieg, Umweltkatastrophen, Finanzkrise und Folgen, etc.).

Dann ergibt sich die Frage, was es mit den Fluchtursachen auf sich hat, die manche immer wieder eher nebenbei ansprechen, und wieweit ihre räumliche und vor allem historische Reichweite verstanden werden sollte. Und weiter: Womit reagieren vor allem die Länder in der EU darauf, vor allem Deutschland? Mit Abwehr? Reinem Verwalten? Indem durch Verwaltungshandeln Aufnahme verzögert bzw. verhindert wird? Die Flüchtlinge als Arbeitskräfte zurichten, um sie wirtschaftlich verbrauchen zu können? Die nicht Verwertbaren aussondern?

„Wohin soll der Mensch gehen, wenn seine Welt zur Hölle wird? Wer bleibt und noch Kraft hat, der muss entweder das Töten lernen oder sich aufs Getötetwerden vorbereiten. Ansonsten bleibt ein zukunftsloses, zermürbendes, ohnmächtiges langsames Sterben. Es ist keine leichte Entscheidung zu fliehen. Man hat etwas mehr zu verlieren als das Leben. Seine Würde. Seine Menschlichkeit. Man flieht nicht nur vor den Mördern, sondern auch davor, selbst zum Mörder zu werden. Beides gelingt nicht immer.“

M. Metz/G. Seeßlein,
Hass und Hoffnung, Berlin 2016)

Wovon reden wir, wenn wir von „Flucht“ sprechen? Man könnte es einfach sagen: Wir reden von den Situationen und Bedingungen, aus denen heraus Menschen ihren bisherigen Lebensraum verlassen und sich auf den Weg machen, um zu überleben oder um besser, menschenwürdiger zu leben. Und das Ganze in der Regel nicht freiwillig.

Wir reden also von Krisen, die Fluchtbewegungen auslösen. Wobei nicht die Flucht selbst die Krise ist, sondern all das, was rundherum stattfindet. Sodass das Wort „Flüchtlingskrise“ zunächst einmal gleich die erste Falschmeldung, die erste Lüge darstellt.

Und weiter: Wovon müssen wir reden, wenn wir von Fluchtursachen sprechen?

Die einfache Antwort: Wir müssen von sehr vielen Elementen, Faktoren, Ereignissen, Akteuren und Strukturen reden: Von Armut, Gewalt und Krieg, politischer Verfolgung durch Banden, nicht selten in Gestalt der eigenen Regierung, Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Bevölkerung durch subventionierte Billigimporte aus Europa, oder durch erpresserische Handelsverträge, wir sprechen von dramatischen Veränderungen in der Umwelt, Naturkatastrophen wie Trockenperioden, oder ganz einfach von Vertreibung durch mächtige Investoren.

*Flüchtlinge sind Betroffene
einer destruktiven
,Globalisierung von oben‘.
Für deren Konsequenzen
trägt nicht zuletzt Europa
Verantwortung.
Migration ist
,Globalisierung von unten‘.
(medico)*

Viele Ursachen werden in der Regel dann nicht genannt, wenn die öffentlichen „Sichtweisenhersteller“ von Fluchtursachen sprechen wollen, aber schnell im Nirgendwo stecken bleiben und sich verlieren. Oder die wirklichen Kernprobleme kunstvoll ausblenden. Oder dabei plötzlich böse Schleuser oder den Putin oder die Mullahs im Iran wie in einer Endlosschleife immer wieder entdecken wollen – doch Stop!! Das geht jetzt nicht mehr, im Iran öffnen sich ja schon wieder die Märkte und die Saudis kommen als Bösewichte bei den Flüchtlingen aus dem Jemen bisher schon nicht in Frage und irgendwann sind die Investitionsinteressen der deutschen Banken in Russland das stärkere Argument und der Putin deshalb ab dann viel weniger böse.

Krise und Flucht

Flüchtlingskrise

– unter diesem Begriff wurden ab der zweiten Hälfte des Jahres 2015 in den politischen und medialen Debatten all die Dramen gefasst, die hinter den Menschen stehen, die in Europa Zuflucht suchen. Dass es keine Flüchtlingskrise gibt, sondern sich in den Menschen, die sich zu Flucht gezwungen sehen, die Krise des Kapitalismus ausagiert, wird geflissentlich oder gleichsam zwanghaft übersehen. Der Sog des unmittelbaren Eindrucks durch Bilder – falsche Unmittelbarkeit – bestimmt die Wahrnehmung.

In der euphorischen Party-Laune über das neue „Willkommens-Deutschland“ konnte vorübergehend einiges vergessen werden. Vergessen waren Zuschreibungen, rassistisch konnotierte Diffamierungen, Panikmache und Anschläge, in deren Rahmen zu Beginn der 1990er Jahre der sog. Asylkompromiss durchgesetzt worden war. Flüchtlinge waren alles andere als willkommen, sondern wurden aller Delikte verdächtig, die geeignet sind, anständige Mittelschichtler in Angst und Schrecken zu versetzen: von schmarotzendem Müßiggang über Sozialmissbrauch bis hin zur Kriminalität¹.

Vergessen war auch die systematische Abschottung der Grenzen der EU – u. a. mit jenem berüchtigten Nato-Stacheldraht, in dem Flüchtlinge sich verfangen und

verbluten – ebenso wie die Kriege und Zerstörungsprozesse, die Menschen systematisch ihre Lebensgrundlagen entziehen. Politiker forderten Sanktionen gegen



die Unwilligen, die sich weigerten, aus Deutschland abgeschobene Flüchtlinge aufzunehmen. In den Tagen danach wurden die fehlende Steuerbarkeit der Willkommens-Euphorie und die damit einhergehenden Gefahren für die innere Stabilität und das vermeintlich christliche Abendland wieder entdeckt. Rassistische Hetze und Anschläge gehen weiter bzw. nehmen sogar zu.

Die sich in den Flüchtlingsdramen ausagierende Krise des Kapitalismus weder humanitär noch politisch zu lösen

Weder der kalkulierende Blick auf die Verwertbaren noch Merkels mütterliches Festhalten an den verbliebenen Resten des Asylrechts noch das humanitäre Engagement derer, die versuchen, das Leben der Flüchtlinge etwas zu erleichtern, kann darüber hinwegtäuschen, dass die sich in den Flüchtlingsdramen ausagierende Krise des Kapitalismus weder humanitär noch politisch zu lösen ist. Das vollmundige „Wir schaffen das“ stößt auf objektive Hürden, die auch mit dem besten aller Willen nicht zu überspringen sind.

Vor aller Suche nach Auswegen und Perspektiven steht das Begreifen, die theoretische Anstrengung. Zu verstehen wäre auch die Grenze, an der jeder Wille scheitern muss. Bilder sind da eher hinderlich. Sie täuschen eine Unmittelbarkeit vor, die es in Wirklichkeit nicht gibt... Begreifen kann nur, wer das empirisch Sichtbare im Zusammenhang des kategorialen Rahmens zu begreifen sucht, in dem es erscheint.

Auflösungserscheinungen

Zwar wird inzwischen auch im politischen Mainstream ganz selbstverständlich von „zerfallenden Staaten“ gesprochen. Militärische Interventionen beschleunigen den Zusammenbruch, erst recht wenn wie in Syrien regionale und globale staatliche Akteure im Gemetzel um die Zerfallsprodukte mitmischen. Während die militärischen Interventionen in bürgerlichen und linken Kreisen oft unmittelbar für die Prozesse der Auflösung verantwortlich gemacht werden, und ebenso unmittelbar nach Frieden gerufen wird, bleiben die objektiv ablaufenden Krisenprozesse außerhalb des Bewusstseins. Unbegriffen bleibt, dass sie das Ergebnis des einbrechenden „Waren produzierenden Patriarchats“ (Roswitha Scholz) sind, das infolge des nicht mehr kompensierbaren Verlusts an Mehrwert schaffender Arbeit nun auch historisch an die Grenze seiner Reproduktionsfähigkeit stößt. Damit geraten auch Staaten, die ja vom Wertschöpfungsprozess abhängig sind, an das Ende ihrer Möglichkeiten. Die Staaten der Peripherie sind die ersten Opfer des kollabierenden kapitalistischen Weltsystems. Sie zerfallen, verschwinden jedoch nicht einfach von der Bildfläche.

Die Zerrüttungen erfahren Menschen, die ihr Leben in den Formen von Warenproduktion und Staat nicht mehr reproduzieren können. In den Leerräumen machen sich Plünderungsökonomien und terroristische Subkulturen breit. Kriegerische Auseinandersetzungen, in denen die Zerfallsprodukte aufeinander einschlagen – Warlords, die sich die Herrschaft über verwertbare Überbleibsel einstiger Strukturen sichern wollen, Terrorbanden und intervenierendes Militär – können nicht von diesem Zusammenhang abgelöst betrachtet werden. Deshalb lässt sich der Schalter auch nicht – halt mit etwas mehr gutem Willen – auf Frieden umlegen...



Wenn Staaten sich auflösen, verlieren sie das Gewaltmonopol, mit ihm die Herrschaft über ein Territorium und damit ihre Souveränität. Sie brechen ein, weil ihre Grundlage – der Formzusammenhang von abstrakter Arbeit, (Mehr-) Wert und Abspaltung – einbricht... Der Bruch des Völkerrechts zeigte sich bereits im Zusammenhang des Krieges gegen Rest-Jugoslawien und der darauf folgenden Kriege und Interventionen mit dem Ergebnis, dass sich Krisenpotentat, Terroristen und staatliche Kriegsverbrecher auf Augenhöhe begegnen.

Ausschluss und Verwertbarkeit

Es ist kein Zufall, dass die Diskussion um die Flüchtlingskrise den Eindruck erweckt, es gehe um die Bewältigung eines Notstands. Schon bevor die Flüchtlingskrise in Deutschland real und medial sichtbar wurde, waren Grenzen als Todesstreifen, Menschenjagd auf Flüchtlinge, Internierung in Lagern und Selektion nach Ethnien, Abschiebung in Folterländer an der demokratischen Tagesordnung. Es ging darum, die vom Verwertungsprozess Ausgeschlossenen auch politisch und rechtlich auszuschließen und gleichzeitig unter Kontrolle zu halten, um die Funktionsfähigkeit des Systems in der Krise zu sichern. Dazu müssen die nichtverwertbaren Menschenmassen in den Zusammenbruchregionen in Schach gehalten und die Nicht-Verwertbaren in den Zentren halbwegs befriedet und zugleich repressiv verwaltet werden. Entsprechend werden Rechtsnormen passend gemacht oder ignoriert.

Wie sehr Demokratie und Rechtsstaat mit dem Verwertungsprozess verbunden sind, wird an den Flüchtlingen und Migranten deutlich. An ihnen „wird in aller Offenheit exekutiert, was die innerste Logik des Kapitalismus überhaupt ist: die Tendenz nämlich, den Menschen auf seine ‚ökonomische Nützlichkeit‘ als Verausgabungseinheit von rentabler Arbeitskraft und ‚Leistung‘ zu reduzieren. Was bei den eigenen Staatsbürgern noch nicht mit letzter Konsequenz möglich ist, nämlich nur die rentabel vernutzbare Leistungsmaschine Mensch als Menschen ‚anzuerkennen‘, nicht aber die aktuell unbrauchbaren Kinder, Alten und Kranken oder sonstwie nicht Leistungsfähigen, das tritt bei der Behandlung der Migranten in aller Brutalität zu Tage: sie müssen jung und gesund sein, am besten kinderlos, vaterlos, mutterlos, ohne Anhang und Verpflichtung außer der einen, ‚nützlich‘ zu sein für den hiesigen Verwertungsprozess. Und noch willkommener ist natürlich der ‚Investor‘.

Normalzustand und Ausnahmezustand

Der Normalzustand des Rechts gilt für die (noch) Verwertbaren. Für den Rest bleiben die Not- und Zwangsmaßnahmen – nicht nur gegen Überflüssige von der Peripherie, sondern auch gegen die des Zentrums....

Das Recht beruht nicht auf Wahrheit, sondern auf einer Willensentscheidung des Souveräns und damit letztlich auf Gewalt. Es gründet in der Ausnahme und kann jederzeit zur Ausnahme werden. In den Prozessen der äußeren und inneren Entrechtlichung beginnt „der demokratische Ausnahmezustand mit dem demokratischen Normalzustand zu verschmelzen“ (Kurz 2003: 343).

Der Zusammenhang von Ausnahmezustand und Normalzustand zeigt sich darin, dass der Rechtsstatus der Subjekte abhängig ist von ihrer Möglichkeit und Fähigkeit, sich dem kapitalistischen Produktions- und Reproduktionszusammenhang zu unterwerfen. In der Krise stoßen diese Möglichkeiten an ihre Grenzen, so

Auszüge aus: Herbert Böttcher, »Handlungsbedarf – Offener Brief« (an die Interessenten der Zeitschrift *EXIT – Krise und Kritik der Warengesellschaft*) Website: exit-online.org. Die Zwischentitel wurden hinzugefügt.

Das Phantom „Fluchtursachen“

Martin F. Herndlhofer

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Fluchtursachen. Alle wollen das Wort schon mal gehört haben, keiner sie wirklich beim Namen nennen, nur wenige anerkennen sie. Es bestünde sonst die Gefahr, mit ihnen den allerheiligsten Irrsinn der kapitalistischen Produktions-, Spekulations- und Lebensweise auf den Prüfstand zu stellen.

Es folgt hier keine differenzierte Analyse, sondern eine simple Aufzählung von Verursachungen. Der Zweck ist ganz einfach, einen Einblick zu geben, wie verschiedenartig, zum Teil einfach, zum Teil auch komplex, vor allem aber nicht selten relativ alt so manche Dinge sind, die dazu führten, dass heute Herren wie Seehofer oder Orban oder de Maiziere undsoweiter die Sprüche über die üblichen Schuldigen klopfen können und dabei in den Gesellschaften munter das Vorfeld für AfD, Pegida bis hinein in die NPD beackern.

Wer also von den Flüchtlingen nach Deutschland (oder Europa) spricht, muss auch sprechen über:

1. Strukturelle Ursachen

Die meisten Menschen, die zu uns fliehen, kommen aus dem nahen und mittleren Osten, aus Afrika, aber auch aus den Balkanländern.

Diese Fluchtbewegungen sind Auswirkungen von Krisen, deren Ursachen Jahre, teils auch Jahrzehnte zurückliegen. Strukturen, die in der Kolonialzeit gebildet wurden (Irak, Syrien, Türkei, Maghreb etc.), oder die ebenso alt, aber auch neuesten Datums sind (Handelsbeziehungen zu Afrika) „Vieles spricht dafür, dass die sogenannte „Flüchtlingskrise“ lediglich tiefsitzende europäische und deutsche Widersprüche und Instabilitäten hat manifest werden lassen, Instabilitäten übrigens, die Deutschland durch seine unnachgiebige Haltung in der Schuldenkrise, seine Exportpolitik und seinen Hegemonieanspruch selbst befördert hat.“ (*Migration, „Flüchtlingskrise“ und die überschätzte deutsche Hegemonie in Europa“ (in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung 105, März 2016, S. 8)*

dass Menschen aus dem Normalzustand herausfallen, während zugleich die staatlichen Souveräne an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, den Ausnahmezustand mittels Repression zu exekutieren. Dabei entstehen „Übergangsformen der sozialen Repression“, die an den Punkt der Ausweglosigkeit führen: „Die ‚Überflüssigen‘ müssen ... entweder bar jeder Reproduktionsmöglichkeit ihres Lebens ins Nichts entlassen werden wie im größten Teil der Peripherie... Oder sie müssen dort, wo die Souveränität noch fester gefügt ist wie in den westlichen Zentren,... auf Dauer in Gefängnissen, Internierungslagern und KZ-ähnlichen Einrichtungen weggesperrt werden – ganz wie die ‚Illegalen‘ und Flüchtlinge.“ (a.a.O.: 357).

2. Strategien

Militärische Interventionen des Westens im Rahmen einer imperialen Strategie haben zur Destabilisierung vieler Regionen geführt. Insgesamt stellen wir fest, dass bewaffnete, politische und ökonomische Prozesse, die die Welt-, und vor allem die Westmächte initiiert und durchgezogen haben, unterschiedliche Konsequenzen wie Destabilisierung und Staatenzerfall in Afghanistan, Irak, Jemen, Libyen, Mali, Syrien usw. zur Folge hatten.

Wir müssen von der neuen „Weltordnungspolitik“ der USA und ihren dazu be-



reiten Partnern in den Militär- und Wirtschaftsbündnissen reden. Es wäre allein schon zu fragen, was alles von dem, was bisher über TTIP bekannt geworden ist, selbst wieder strukturelle Verwerfungen und Auslöser für Flüchtlingsbewegungen abgeben könnte, wenn es sang- und klanglos durchgesetzt würde.

Es muss die Rede sein von Interventionen mit dem Ziel, Regime zu wechseln: In Iran, Syrien, Irak, Libyen etc. oder gar der Ukraine. An ihnen war Deutschland auf unterschiedliche Weise beteiligt. Zum Teil hat es eine führende Rolle übernommen. Wie ja in den gesamten global angesetzten imperialen Eroberungs-, Absicherungs- und Kontrollprozessen das Wort von „Verantwortung übernehmen“ eine übliche Verschleiervokabel geworden ist.

Man könnte meinen, diese rücksichtslosen Aktivitäten wären zufällig oder gar aus Ahnungslosigkeit passiert. Die deutsche Politik hat diese Strategie jedoch bewusst und aktiv mitgetragen, je nach Land und Region mit unterschiedlichen unterstützenden Schwerpunkten bzw. Mitteln und Ressourcen ziviler und militärischer Art.

3. Zugriffe, Zurichtung und Zurückhaltung

Es ist die Rede von dem globalen Konzept der Zurichtung der Regionen und des Zugriffs auf die Ressourcen immer dort, wo es für das eigene Kapital am wichtigsten scheint.

Und wir müssen reden von Umweltzerstörung, die z.B. Überschwemmungen oder Wüsten hinterlassen, Finanzspekulationen, die ökonomische Wüsten hinterlassen, von Klimawandel oder nuklearer Vergiftung.

Wir müssen reden vom „Zauberlehrlingseffekt“: Auszugehen ist z.B. vom Aufbau politisch und militärisch agierender Banden für eigene strategische Zwecke im Rahmen der Ost-West-Auseinandersetzungen. Im Afghanistan-Krieg zwischen 1979-1989 zum Beispiel haben Pakistan und die USA den sogenannten Widerstand ausgerüstet, Saudi-Arabien hat diesem darüber hinaus Lehrbücher über den Dschihad geliefert. Das Ergebnis war und ist, dass diese verbündeten Banden nun plötzlich zu Gegnern, zu Terroristen, zur Bedrohung geworden sind: Die Terrorbanden des „IS“ entstanden erst als Folge des Irakkrieges der USA 2003.



Und da man die Ursachen für die Entstehung des sogenannten „Terrorismus“ nicht verstehen wollte (und konnte), um daraus zu lernen, bekämpft man ihn erneut mit den alten, bekannten, aber ungeeigneten Mitteln, nämlich dem „Krieg gegen den Terror“, mit dem Ergebnis, das dieser dadurch gestärkt wird und sich weiterhin ausbreitet bis hinein in unsere Länder.

Wir müssen reden von der Zurückhaltung der großen wirtschaftlichen und militärischen Akteure auf allen Feldern und in all jenen Fällen, in denen zwar Staaten zerfallen sind, wo Völkermord lief, wo aber eigene Interessen nicht berührt waren und die UNO oder private Hilfe nach Beistand rief, aber allein blieb.

4. EU und Deutschland

Wer von den Flüchtlingen spricht, die heute (noch) nach Deutschland kommen, darf nicht vergessen, dass

Deutschland über Jahre hinweg eine radikale Abschottungspolitik betrieben hat.

Und er darf nicht übersehen, dass zunächst einmal der ganz große Teil der Flüchtenden sich entweder innerhalb des eigenen Land in Sicherheit brachte, oder, im Falle Nah-Ost, sich im Übermaß auf benachbarte Länder wie den Libanon oder die Türkei verteilte. Erst viel später im Laufe der Zeit wollten die Menschen dann nach Europa/Deutschland, ausgelöst vor allem dadurch, dass die UN in den Flüchtlingslagern die Menschen nicht mehr ausreichend versorgen konnten, da die Mitgliedsstaaten die Hilfszusagen nicht eingehalten haben.

„Wenn Deutschland am Hindukusch verteidigt wird, dann sollte man sich nicht wundern, wenn die Bewohner des Hindukusch auf die Idee kommen, den Kämpfern nach Deutschland zu entfliehen. Es ist kein Zufall, dass zwei Drittel aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aus den drei Kriegsländern Syrien, Afghanistan und Irak stammen“. (Migration, „Flüchtlingskrise“ und die überschätzte deutsche Hegemonie in Europa“, in: *Zeitschrift Marxist. Erneuerung*, März 2016, S. 9)

Wer über Flüchtlinge nach und in Deutschland spricht, muss auch sprechen über die deutsche Austeritätspolitik gegenüber Resteuropa.

Und wer Fluchtursachen in Deutschland ansetzt, muss die Diskriminierung von Muslimen hierzulande sehen und in der Folge radikalislamische Reaktionen. Und zu sprechen ist von einer Integrationspolitik, die nie richtig stattgefunden hat und die erst jetzt langsam als notwendige Aufgabe verstanden wird – wenn auch nicht von allen. Und wo nicht wenige politisch Verantwortliche sich nicht einig sind, ob man sie auch wirklich stattfinden lassen will.

Und man muss sehen, dass der Krieg gegen den Terror nicht nur neuen Terror schafft, sondern selbst den Charakter von Terror hat (Foltergefängnisse, Drohneinsätze, Rechtsunsicherheit etc.) und die Grundlagen der eigenen demokratischen Verfasstheit zerstört.

5. „Beseitigung“ der Ursachen

„Solange wir jedoch nicht alle Ressourcen, die wir aus moralischer Sicht aufbringen müssten, tatsächlich für die langfristige Beseitigung von Armut und anderen Fluchtursachen einsetzen, dürfen wir die Flüchtlinge, die jetzt um Aufnahme bitten, nicht abweisen“ (Marcel Twele, *Was wir Flüchtlingen und Migranten schulden*. FR 29.04.2016)

Will man dann tatsächlich strukturelle Ursachen bekämpfen – und das hieße ja: Strukturen z.T. grundlegend zu ändern, umzubauen - dann finge das bei der Wirtschafts- und Handelspolitik Deutschlands an, ginge über die Finanzpolitik und die Rolle deutscher Banken bis hin zur deutschen Aufrüstungs- und Rüstungsexportpraxis. Grundlegende Ursachenbekämpfung muss sich den Ursachen im derart umfassenden Sinn stellen, dass sie eben die grundlegende, nämlich die Systemfrage stellen muss - billiger geht es nicht.

Kein „Phantom“ Fluchtursachen

„Ich möchte dazu von einer Familie erzählen, die in einem Dorf in Ghana lebt. Ghana ein Vorzeigeland Westafrikas, mit Frieden und freie Wahlen; das Bruttoinlandsprodukt wächst jährlich um vier Prozent und mehr. Und doch wollen viele vor allem eins: weg. Mehr als 170.000 Afrikaner sind im vergangenen Jahr nach Europa geflohen. 71.000 kamen aus Westafrika.

Die EU will nun Fluchtursachen bekämpfen und dafür sorgen, dass sich die Lebensbedingungen in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessern. Die Strategie klingt einleuchtend. Aber sie hat einen Haken: Die EU will nicht nur Hilfe nach Afrika schicken, sie will auch Handel mit Afrika treiben. Aber es ist ein Handel, der die Chancen der Bauern in Afrika verschlechtert. Das versteht man, wenn man dem Weg der Tomaten folgt. Auf den Märkten und Straßenhändlern in Ghana werden keine heimischen Tomaten verkauft sondern Tomaten aus dem Ausland. Sie stammen von den riesigen Agrarkonzernen in Süditalien, die diese Tomaten produzieren und im großen Stil exportieren. Angebaut und gepflückt wurden diesen Tomaten von ghanaischen Flüchtlingen, die Tausende Kilometer weit gereist sind, die die Wüste durchquert und das Meer bezwungen haben, um in Europa genau dasselbe zu tun wie zu Hause: Tomaten zu pflücken.

Wir sehen: Die EU schickt nicht nur Entwicklungshilfe nach Afrika, sie schickt auch Tomaten. Tonnenweise verschiffen europäische Lebensmittelkonzerne ihre Gü-

ter in die afrikanischen Hafenstädte: Tomatenmark aus Italien, Milchpulver aus Dänemark, Tiefkühlhühnchen aus Deutschland. In Afrika werden die Waren so billig angeboten, dass viele einheimische Produzenten aufgeben.

Die Geflügelwirtschaft in Ghana liegt brach, weil sie mit den Preisen der europäischen Hühnerflügel nicht mithalten kann. Die westafrikanischen Milchbauern kämpfen ums Überleben, und viele Tomatenbauern werden ihre Ernte kaum los. Gleichzeitig stiegen die Importe von ausländischem Tomatenmark. Im Zeitraum von 1998 bis 2013 um das 34-Fache.

Die exportstarke europäische Agrarindustrie wird gestützt von milliardenschweren Subventionen. Mehr als ein Drittel des gesamten Budgets der Europäischen Union fließt in Agrarsubventionen.

Es gibt noch einen weiteren Vorteil aufseiten der Europäer, über den kaum gesprochen wird: Obwohl das Lohnniveau in Europa im weltweiten Vergleich sehr hoch liegt, verfügen die Tomatenbauern in Italien über ein schier unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften: Flüchtlinge. An einem guten Tag verdienen sie nicht einmal 50 Euro, für mehr als 12 Stunden Arbeit. An einem schlechten Tag verdienen sie nichts.“

Aus: *Franz Segbers, Flüchtlinge – Botschafter weltweiten Unrechts, Rede in Saarbrücken 16. April 2016*

Geflüchtete in Europa aufnehmen – eine moralische und politische Pflicht

Wir Bürgerinnen, die in den EU-Mitgliedsstaaten, der Schengen-Zone, am Balkan, am Mittelmeer, im Nahen Osten, sowie in allen anderen Regionen der Welt leben, wo unsere Sorgen geteilt werden, wenden uns mit einem dringenden Aufruf an unsere Mitbürgerinnen, unsere Regierenden und unsere Vertreter_innen in den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament, sowie an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge:



Die Geflüchteten aus dem Nahen Osten müssen gerettet und aufgenommen werden!

Seit Jahren flüchten die Migrantinnen aus den Staaten am südlichen Mittelmeer vor Armut, Krieg und Repression. Sie ertrinken im Meer oder prallen gegen Grenzzäune. Wenn ihnen - nachdem sie von Schleppern erpresst wurden - die Flucht nach Europa gelingt, werden sie abgeschoben, eingesperrt oder von den Staaten, die sie als „Gefahr“ und als „Feinde“ bezeichnen, in die Illegalität abgedrängt. Sie bleiben jedoch hartnäckig und halten zusammen, um ihr Leben zu retten und eine Zukunft wiederzufinden.

Nachdem die Kriege im Nahen Osten und besonders in Syrien jedoch das Ausmaß eines Massenmords ohne absehbares Ende angenommen haben, ist die Situation nun eine andere. Ganze Bevölkerungen, die von den Kriegsführenden als Geisel genommen, bombardiert, ausgehungert und terrorisiert werden, entschließen sich zur gefahrenreichen Flucht, die tausende weitere Todesopfer fordert. Schließlich gelangen die Männer, Frauen und Kinder in ihre Nachbarstaaten und klopfen an Europas Türen.

Dies ist eine humanitäre Katastrophe. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen – daran führt kein Weg vorbei.

Die Unfähigkeit unserer Regierungen, die Fluchtursachen zu beseitigen (wenn sie nicht sogar dazu beitragen, diese weiter zuzuspitzen), nimmt sie nicht aus ihrer Pflicht, diese Menschen zu retten und aufzunehmen. Dabei müssen ihre Grundrechte gewahrt werden, die mit dem Asylrecht in den Erklärungen und Konventionen des Völkerrechts festgeschrieben sind.

Mit einigen Ausnahmen - etwa die beispielhafte Initiative Deutschlands, syrische Geflüchtete ohne Einschränkung aufzunehmen, was bis heute so gehandhabt wird, oder den großen Einsatz Griechenlands in der Rettung, Aufnahme und dem Transport von tausenden Geflüchteten, die täglich an den griechischen Küsten eintreffen, obwohl sich das Land und seine Wirtschaft selbst im Würgegriff einer gnadenlosen Sparpolitik befindet – haben es die europäischen Regierungen bisher abgelehnt, Maßnahmen zu ergreifen, diese der Öffentlichkeit darzulegen, sich solidarisch zu zeigen und nationalen Egoismus zu überwinden. Ganz im Gegenteil: Staaten überall in Europa lehnten den von der Kommission ausgearbeiteten Minimalquotenplan zur Verteilung der Geflüchteten ab oder versuchten ihn gar zu sabotieren.



Schlimmer noch: sie unterdrücken Geflüchtete und

Migrant_innen, und stigmatisieren sie ganz allgemein als gewalttätig. Die Lage im „Dschungel“ von

Calais und seine gewaltsame Räumung, die unter Missachtung von Inhalt und Geist eines Gerichtsbeschlusses erfolgt war, stellt im Moment die haarsträubendste Illustration der herrschenden Zustände dar, wenn auch nicht die einzige.

Einen Gegenpol dazu bilden die Bürgerinnen Europas und anderorts: Die Fischerinnen von Lampedusa und Lesbos, die Aktivistinnen der Organisationen und Netzwerke zur Rettung und Unterstützung der Geflüchteten und Migrantinnen, Quartiergeberinnen aus dem laizistischen und religiösen Bereich, deren Aktivitäten von Künstlerinnen und Intellektuellen aufgegriffen werden. Sie wahren die Würde der Menschen und zeigen den Weg in Richtung einer Lösung auf. Sie stoßen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und stellen sich gegen die ihnen feindlich gesinnte Öffentlichkeit. Sie werden – wie auch die Geflüchteten und Migrantinnen selbst – von einer wachsenden Welle an Fremdenhass überschwemmt. Gewalttätige, bekennd rassistische oder neofaschistische Organisationen, sowie „respektable“ politische Würdenträgerinnen und Regierungen, die immer stärker von Autoritarismus, Nationalismus und Demagogie geprägt sind, treiben diese Entwicklung noch weiter an. Zwei Europas stehen einander völlig

unvereinbar gegenüber, zwischen denen man sich in Zukunft entscheiden muss.

Dieser xenophoben Tendenz, die sich auf die EUAusländer_innen teils tödlich auswirkt und die die Zukunft Europas als freier Kontinent zerstört, muss auf der Stelle entgegengewirkt werden.

Momentan gibt es auf der Welt 60 Millionen Geflüchtete. Der Libanon und Jordanien beherbergen jeweils eine Million (was 20% bzw. 12% ihrer



Bevölkerung entspricht), die Türkei 2 Millionen (3%). In Europa (eine der reichsten Regionen der Welt, trotz der Krise) trafen im Jahr 2015 eine Million Menschen ein, was 0,2% der Bevölkerung entspricht. Die europäischen Staaten verfügen gemeinsam über die Mittel, um die Geflüchteten aufzunehmen und diese würdevoll zu behandeln. Sie müssen ihrer Pflicht nachkommen und die Menschenrechte wahren, wie dies in ihren Verfassungen verankert ist. Dies liegt auch in ihrem Interesse, wenn sie in dieser Region der Erde mit den Mittelmeerstaaten, deren Geschichte und kulturelles Erbe sie teilen, den Frieden und die Sicherheit bewahren wollen.

Dies ist die Voraussetzung, um einer neuen Epoche der institutionellen Diskriminierung und der Beseitigung von „unerwünschten“ Menschen vorzubeugen.

Es bleibt unklar wann und wie viele der Geflüchteten wieder „nach Hause“ zurückkehren können; ebenso darf die Komplexität des zu lösenden Problems nicht unterschätzt werden, der Widerstand, der ihm entgegensteht, und die Hindernisse und Risiken, die es mit sich bringt. Niemand hat jedoch das Recht, die Problematik als „unlösbar“ zu bezeichnen, um sich davor zu drücken.

Umfassende Notfallmaßnahmen müssen daher unmittelbar gesetzt werden.

Die Aufgabe zur Hilfeleistung für die Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Afrika im Rahmen dieser Ausnahmesituation muss von den Führungsorganen der EU ausgerufen und wahrgenommen, und von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Vereinten Nationen müssen sich damit befassen und die demokratischen Staaten der gesamten Region in diesem Thema dauerhaft aufeinander abstimmen.

Zivile Kräfte und das Militär müssen eingesetzt werden, nicht um die Schleppern als Mittelmeer-Guerilla zu bekämpfen, sondern um den Migrantinnen und Migranten zu helfen und den Ertrinkungsskandal im Meer ein Ende zu setzen. In diesem Rahmen können schließlich die Schleppern und deren Kompliz_innen und Helfer_innen gestoppt werden. Es ist das Verbot der legalen Einreise, das zu diesen mafiösen Praktiken führt, und nicht das Gegenteil.

Die Last, die die Aufnahmeländer zu tragen haben –

insbesondere Griechenland – muss unverzüglich verringert werden. Ihr Beitrag, der im Interesse aller liegt, muss anerkannt werden.

Der freie Personenverkehr im Schengenraum muss erhalten bleiben; das Dublin-Abkommen, das die Rückführung der Migrantinnen und Migranten in ihre Erstaufnahmeländer vorsieht, muss jedoch ausgesetzt und neu verhandelt werden. Die EU muss Druck auf die Donau- und Balkanstaaten ausüben, damit diese ihre Grenzen wieder öffnen. Sie muss auch mit der Türkei verhandeln, damit das Land aufhört, die Geflüchteten als politisch-militärisches Alibi und als Druckmittel zu nutzen.

Außerdem müssen Flugzeuge und Schiffe zur Verfügung gestellt werden, um alle registrierten Geflüchteten in die nordeuropäischen Staaten zu bringen, die diese objektiv aufnehmen können, anstatt diese in einen kleinen Land zu sammeln, das droht, zur „Mülldeponie“ der Menschheit zu werden.

Längerfristig muss Europa, das nun vor einer ihrer größten Herausforderungen bisher steht, die den Lauf der Geschichte ändern kann, einen demokratisch kontrollierten Plan ausarbeiten, um den Überlebenden dieses Massakers zu helfen und die Helfer_innen zu unterstützen: Aufnahmequoten sind nicht genug; es werden Sozialhilfeleistungen – also ein Sonderbudget – benötigt, sowie rechtliche Bestimmungen, die die vertriebenen Menschen auf friedliche und würdevolle Weise in die aufnehmenden Gesellschaften eingliedern.

Dies ist die einzige Alternative – Gastfreundschaft und Asylrecht oder Unmenschlichkeit!

3. März 2016 aus: Sand im Getriebe Nr. 119

Bitte unterschreiben Sie diese Petition!:

<http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2016/news/detail/Blog/appeal.html>

Der Flüchtling als der exemplarisch Arme

Kategorien theologischer Systemkritik nach Papst Franziskus

In der Nummer 210 des Apostolischen Schreibens *Evangelii gaudium*, das gewissermaßen das Regierungsprogramm seines Pontifikats enthält, bekennt Papst Franziskus: „Die Migranten stellen für mich eine besondere Herausforderung dar, weil ich Hirte einer Kirche ohne Grenzen bin, die sich als Mutter aller fühlt.“ Dieses Bekenntnis trägt persönlichen *und* autoritativen Charakter. Es verknüpft die existenzielle Anteilnahme an der bedrängenden Situation der Flüchtlinge mit der privilegierten Aufmerksamkeit des Lehramtes der Kirche. Die verbindliche Programmatik, die es zum Ausdruck bringt, prägt das öffentliche Handeln des Papstes durchgängig: Dass Franziskus dieses Jahr zur Feier des Gründonnerstags in einem Asylbewerberheim nahe Rom ausgerechnet Migranten die Füße wäscht oder jüngst die Flüchtlingslager auf Lesbos besucht und neben klaren Worten des Beistandes und der Entschuldigung für die fehlende Aufnahmebereitschaft Europas auch drei Familien mit in den Vatikan nimmt, zielt aber nicht allein auf medienwirksame Symbolwirkungen. Bemerkenswert ist v.a. das theologische Profil, das die Zeichenhandlungen des Papstes ausprägen. Denn sie machen die bedrängende Not der Menschen zum Bestimmungsgrund dafür, was Kirche ist bzw. zu tun hat und Theologie (um-)treibt. Nach der Lehre des Papstes besteht die „Katholizität“ der Kirche Gottes – immerhin eines von vier theologischen Wesensmerkmalen, die ihre Wahrheit markieren – in und auf der Praxis der Grenzenlosigkeit. Anders gesagt: die Solidarität mit den Ausgegrenzten, den Flüchtlingen realisiert, was die Verkündigung des Evangeliums mit der Botschaft von der Erlösung in Christus anzusetzen hat.

Die Theologie, die diese Heilsverkündigung in ihrer Bedeutung zu erschließen und pragmatisch begründen soll, erhält damit eine kritische Tendenz. Denn da sie Heil nicht geschichtslos, sondern konkret, d.h. als

situative Befreiung erfasst, muss sie v.a. das in den Blick nehmen, was der Menschlichkeit faktisch Grenzen setzt oder strukturell unterdrückt und zerstört. Dieser Fokus zwingt der Theologie eine ungewohnt subversive Funktion auf. Gegen die Legitimationsmacht des sowohl ökonomisch wie politisch vorherrschend gewordenen neoliberalen Paradigmas von Globalisierung hat sie die Ansprüche der Verlierer zu behaupten und Anwalt der Würde der systematisch Entwürdigten zu sein. Ihr Recht auf Leben unterliegt der kapitalistischen Verschuldungslogik nicht und darf dieser auch nicht überlassen werden. Als *exemplarisch* Arme beanspruchen gerade die Flüchtlinge einen Vorrang, den die Theologie praktisch wie theoretisch zur Geltung zu bringen hat. Und zwar aus einem ganz und gar christologischen Grund: In ihren Leidenskörpern begegnet die zeitgenössische Wirklichkeit des Mensch gewordenen Gottessohnes. Das Leiden dieser Vielen entfaltet seine Offenbarung, und zwar als aufdringlich, d.h. unbedingte Verpflichtung zur Praxis der Nächstenliebe. Entsprechend stellt die Nummer 186 von *Evangelii gaudium* fest: „Aus unserem Glauben an Christus, der arm geworden und den Armen und Ausgeschlossenen immer nahe ist, ergibt sich die Sorge um die ganzheitliche Entwicklung der am stärksten vernachlässigten Mitglieder der Gesellschaft.“ Die pastorale Folgerung daraus zieht die Nummer 187 desselben Textes: „Jeder Christ und jede Gemeinschaft ist berufen, Werkzeug Gottes für die Befreiung und Förderung der Armen zu sein [...]“

In den lehramtlichen Handlungsorientierungen des Papstes findet eine theologische Umkehrung der Werte ihren Niederschlag, die nach dem Zeugnis des Neuen Testaments das göttliche Weltgericht selber strukturiert. Die vermeintliche Selbstverständlichkeit der Herrschaft der Reichen über die Armen wird hier in Zweifel gezogen. Behauptet deren ökonomische Logik einen

Verschuldungszusammenhang, nach dem der Arme ein Schuldner des Reichen ist, machen Texte wie Mt 25 ein ganz anderes Verständnis deutlich. Nach ihrer Darstellung schulden nicht die Armen den Reichen etwas, sondern es verhält sich gerade umgekehrt: Die Reichen schulden den Armen aufgrund ihres Reichtums alles, was diese zum Leben brauchen. Wer helfen *kann, muss* helfen! Auch diese Forderung gehorcht einer Logik, allerdings keiner, die sich nach marktförmigen Kriterien einhegen ließe. Im Gegenteil, ihre Geltungsansprüche setzen die Delegitimation basaler Überzeugungen des bürgerlich-kapitalistischen Selbstverständnisses voraus. Theologie, verstanden als Theologie der Befreiung im Sinn des Evangeliums, verlangt eine kriterielle Option, die den Armen in seiner Not zum Maßstab nimmt und nicht die Ansprüche der Besitzstandswahrung des Reichtums. Theologisch bezeichnet die vielfältige Wirklichkeit der Armen den sakramentalen Ort, an dem sich Gott offenbart bzw. das, was seine Menschwerdung in Jesus von Nazaret bedeutet. Für Papst Franziskus heißt das: Gott lässt sich nur bei den Menschen finden, soll heißen: bei den *anderen*, in der gelebten Solidarität mit Flüchtlingen, Armen, Notleidenden. Als die *ersten* Schwestern und Brüder des Herrn tragen sie ein inkarnations-christologisches Privileg, und zwar deshalb – wie die Nummer 193 von *Evangelii gaudium* deutlich macht, weil sie „dank ihrer eigenen Leiden den leidenden Christus“ sozusagen *persönlich* „kennen“. Die theologische Option für die Armen verlangt also nicht nur tatkräftige Hilfe. Sie rettet zunächst die Würde des Armen durch eine theologische Auszeichnung, die das Leben der geringen Schwestern und Brüder zur authentischen Repräsentation Jesu Christi erhebt. Als Lehrer seiner Nachfolge wird derselbe Arme, den die Not oft aller weltlichen Handlungsperspektiven beraubt, zum Subjekt einer eigenen Heilsgeschichte, in der allein

sich Kirche überhaupt bilden kann. Denn wer sich zu den Schwachen rechnen lässt, wer sich zum Armen bekehrt, tut, was Gott in seinem Sohn getan hat und erfährt auf diese Weise, was Nachfolge, was Glaube und Gemeinschaft bedeuten. Im Flüchtling begegnet der Mensch Christus, weil Jesus selber ein Flüchtling war. Wenn diese Menschenfreundlichkeit der Weg Gottes ist, dann entsteht Kirche zunächst und v.a. aus der Solidarität mit den Flüchtlingen. Und allein die Anerkennung ihrer Würde, bringt vielleicht auch die vermeintlich Reichen zu Gott, allerdings nur sofern sie sich zum Lebensrecht des Armen, des anderen bekehren lassen.

An dieser Umkehrforderung entscheidet sich nicht zuletzt hier in Europa die zentrale Frage, ob die Offenbarung Jesu Christi heute noch glaubwürdig ist, d.h. ob auch wir Menschen in der ersten Welt akzeptieren können, dass wir menschlicher werden müssen als wir es sind, Mensch werden wie der Gottessohn. Konkret gesprochen wird alles davon abhängen, ob wir bereit sind, die alltagspraktischen Konsequenzen zu tragen, die Mt 25 als einzig gültige Kriterien des göttlichen Weltgerichts nennt, d.h. jene Praxis, die den Hungernden satt macht, den Kranken besucht und den Flüchtling aufnimmt und zwar einfach deshalb, weil sie alle in Not sind und Hilfe brauchen! Für die Theologie heißt das: Nur wenn sie die profanen Probleme der Menschlichkeit in ihrem maßstäblichen Rang erkennt, wird sie ein systematisches Format finden, in dem sie Gott heute gleichermaßen glaubwürdig wie realitätskritisch zu Wort kommen lassen kann. Einer Theologie, die sich der Systemkritik am neoliberalen Kapitalismus verweigert, wird das nicht gelingen.

Prof. Dr. Jürgen Bründl, Universität Bamberg

Fluchtursachen beseitigen – Menschenrechte schützen

Rede zum Ostermarsch 2016 in Fulda, am 26.03.2016 von Stefanie Wahl, Bundesvorstand pax christi, Deutsche Sektion

Leider herrscht eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber diesen Tragödien, die sich gerade jetzt in bestimmten Teilen der Welt zutragen. Der Mangel an Reaktionen angesichts dieser Dramen unserer Brüder und Schwestern ist ein Zeichen für den Verlust jenes Verantwortungsgefühls für unsere Mitmenschen, auf das sich jede zivile Gesellschaft gründet.

Papst Franziskus, Laudato si (25)

Deutschland und Europa haben sich verändert im vergangenen Jahr, aber keine von uns hat sich wohl ausmalen können, dass wir uns heute in einem Europa befinden, das unter der Beteiligung der Bundeswehr Krieg in Syrien führt und ein Europa, das seine Außengrenzen nicht nur im Mittelmeer sichert, sondern indem Mitgliedsstaaten mithilfe von Grenzzäunen und Militär ihre Außengrenzen sichern.

Die Grenzen werden nicht gegen Soldaten und Panzer gesichert, sondern gegen Menschen. Wir sehen Menschen an Grenzzäunen die verzweifelt versuchen auf die andere Seite zu gelangen. Männer, Frauen und viele Kinder. Jetzt sehen wir zu, wie in den Flüchtlingslagern auf europäischen Boden Menschen hungern müssen und nicht mal Zugang zu sauberen Wasser haben. In dieser Woche haben Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne



Grenzen und der UNHCR ihr Engagement in Griechenland teilweise eingestellt. Nicht weil sie nicht helfen wollen, nein: weil sie gegen die europäische Politik des Wegsehens und Nichtstuns und das Zulassen einer humanitären Katastrophe protestieren und mehr Unterstützung von europäischer Seite benötigen.

Es muss endlich Schluss sein, mit der Doppelmoral der Bundesregierung, der Kanzlerin und Europas. Wer wirklich etwas gegen Fluchtursachen tun will, darf keine Zäune bauen, Krieg führen oder faule Deals mit der Türkei machen. Wenn wir von Flüchtlingen reden, dann müssen wir auch über Krieg und Frieden reden! Krieg ist und bleibt eine der Hauptfluchtursachen.

Über 50% der Menschen, der Asylsuchenden, die derzeit im Landkreis Fulda ankommen und aufgenommen werden, kommen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. In allen drei Ländern herrscht Krieg und an all diesen Kriegen ist Deutschland beteiligt. Seit 2001 ist die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz. Ein Krieg, der nach 15 Jahren vielen tausend Todesopfern und vielen



Milliarden Dollar und Euro immer noch nicht zu Ende ist. Der Irak-Krieg, der 2003 ohne UN-Mandat und damit völkerrechtswidrig von den USA erzwungen wurde, hat viele Staaten des Mittleren und Nahen Ostens destabilisiert und die Entstehung des IS überhaupt erst möglich gemacht. Auch Deutschland, das zunächst auf eine Beteiligung verzichtet hat, hat spätestens mit

der Lieferung der Waffen an die Peschmerga im vergangenen Jahr eingegriffen in diesen Krieg.

Und seit Dezember ist die Bundeswehr am Krieg in Syrien beteiligt. Damit steht der Einsatz der Bundeswehr im Syrienkonflikt für die Fortsetzung der Militarisierung der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre. Die herrschenden politischen Kräfte wollen die Bevölkerung an kriegerische Gewalt gewöhnen und diese als alternativlos erscheinen lassen. Die Menschen in unserem Land sollen akzeptieren, dass die sich aus der ungerechten globalen Ordnung ergebenden Widerstände auch mit militärischen Mitteln unterdrückt werden müssen bzw. wir nur so unseren Wohlstand sichern können. Bundeswehreinätze sollen mehr und mehr zum Alltag gehören und zu einem normalen Mittel der Politik werden. So sehen es auch die Verteidigungspolitischen Richtlinien und das geplante Weißbuch der Bundeswehr von Frau von der Leyen vor. Dazu gehören selbstverständlich auch steigende Ausgaben. Erst im Januar formulierte Frau von der Leyen den Bedarf von 130

zusätzlichen Milliarden für Neubeschaffungen an militärischer Ausrüstung bis 2030. Statt diesen Mehrausgaben, sollten die Mittel für Rüstungsausgaben abgebaut werden und diese Gelder in Bildung, Gesundheit und unseren Sozialstaat investiert werden. Wer in Krieg investiert erntet mehr Krieg und mehr Menschen, die vor diesen Kriegen fliehen.

Neben dem Krieg im Nahen Osten gibt es weitere Fluchtursachen und Gründe für den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr. Der sprunghafte Anstieg im Sommer fiel zusammen mit der Entscheidung, die Nahrungsmittelrationen für Flüchtlinge in den Lagern der Nachbarländer Syriens – Libanon und Türkei, wo über 4 Millionen Flüchtlinge leben – zu halbieren. Das Welternährungsprogramm reagierte damit auf finanzielle Engpässe aufgrund von fehlenden Zahlungen der Geberländer. Das bedeutet, man hat den Menschen, die bereits vor Krieg und Gewalt geflohen sind, auch noch die Lebensgrundlagen in den ohnehin überfüllten Flüchtlingslagern, in denen sie seit mehreren Monaten oder Jahren ausharren müssen, entzogen. Die Menschen begannen sich auf dem Weg nach Europa zu machen. Ihre Reise endet heute in der Türkei, im Mittelmeer, wo die NATO mittlerweile patrouilliert, oder an den Grenzzäunen Europas. Wir verweigern Menschen das Recht auf Asyl, indem wir eine Politik der Abschottung betreiben. Wir erklären Länder zu sicheren Herkunftsstaaten, um uns der durch den Flüchtlingsstrom entstandenen innenpolitischen Probleme zu entledigen, anstelle uns den komplexen Herausforderungen zu stellen.

pax christi sieht in der Bekämpfung von Fluchtursachen eine große Herausforderung für Deutschland und fordert die Bundesregierung auf:

- Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien muss sofort beendet werden, ebenso wie alle anderen derzeit laufenden Auslandseinsätze
- Frieden muss wieder eine politische Option sein, das bedeutet Deutschland sollte sich für eine friedliche Lösung des Syrienkonflikts einsetzen und Friedensgespräche mit allen regionalen Kräften voranbringen.
- Waffenexporte in die Krisenregionen dieser Welt müssen gestoppt werden.
- Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, darunter Kleinwaffen und Munition ist grundsätzlich zu verbieten und dies sollte im Grundgesetz in Artikel 26.2 festgeschrieben werden
- Auch die Militarisierung gegen Menschen muss endlich gestoppt werden.
- Nieder mit den Grenzzäunen, die uns nicht vor Panzern schützen sollen, sondern vor Menschen.
- Schluss mit dem NATO Einsatz in der Ägäis und im gesamten Mittelmeerraum.
- Auf das Konzept sichere Herkunftsländern zu verzichten, weil dieses die Einzelfallprüfung

aushebelt und daher aus menschenrechtlichen Erwägungen abzulehnen ist.

- pax christi fordert außerdem von der Bundesregierung endlich legale Einreisewege zu schaffen und allen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen nachzukommen und die humanitäre Katastrophe in Europa zu beenden.

Mit diesen Forderungen bekennt sich pax christi zu einer humanen Asylpolitik. Wir sind alle Teil einer Menschheitsfamilie. Wenn wir uns in Glaube oder Hautfarbe unterscheiden, so sind wir doch gleichermaßen Menschen, die mit gleicher Würde ausgestattet sind. Das christliche Motiv der Nächstenliebe beruht auf der Vorstellung der Menschenwürde, die allen zu Teil wird. Die Nächstenliebe verlangt von uns eine klare Haltung. Sie ist Nächsten- und Fremdenliebe zugleich. Aus ihr erwächst die Verantwortung an der Seite der Verfolgten und Bedrohten für die Menschenwürde einzutreten und politisch Verantwortliche daran zu erinnern, dass Deutschland und Europa historisch und aktuell eine Verantwortung für die Flüchtlinge haben. Ich will mit

den Worten des Papstes schließen, der am Gründonnerstag symbolisch Flüchtlingen und Engagierten in der Flüchtlingsarbeit, die Füße gewaschen hat. In seiner Botschaft zum Weltflüchtlingstag fordert er:

„Mit der Solidarität mit den Migranten und Flüchtlingen müssen der Mut und die Kreativität verbunden werden, die wir brauchen, um weltweit eine gerechtere Wirtschafts- und Finanzordnung zu entwickeln.“ Ja, es braucht auch eine gerechtere Welt. Die aus den Fugen geratene Welt ist eine Folge einer Wirtschaft der Ausbeutung und der ungleichen Verteilung von Wohlstand- und Reichtum. Wer Frieden will, der Sorge für Gerechtigkeit und das gilt für Deutschland genauso, wie für den Rest der Welt.



Beispiel Westsahara. Vergessen und verkauft

Marokko unterstützt die deutsche Abschottungspolitik. Wie das die Lage der sahraischen Flüchtlinge verschlechtert...

Vor 40 Jahren flohen die Sahrauis vor den Phosphor- und Napalmbomben der marokkanischen Armee, die die ehemalige spanische Kolonie besetzte und die Einwohner vertrieb. Seitdem schwelt in der Westsahara der Konflikt zwischen Marokko und den Sahrauis, die für einen unabhängigen Staat kämpfen. Seit dem Waffenstillstand von 1991 aber gilt er als „eingefroren“. In Zeiten des globalen Katastrophenkapitalismus und entgrenzter Gewalt führt dies jedoch dazu, dass die kalte Krise zum Normalzustand und der Flüchtlingsstatus von mehr als 100.000 Sahrauis in der menschenfeindlichen Geröllwüste Südwestalgeriens zementiert wird.

Dort sind sie zwar in Sicherheit. Doch die vollständige Abhängigkeit von internationaler Hilfe und die

Perspektivlosigkeit machen das Lagerleben immer unerträglicher. Dabei waren die Lager lange Zeit Orte des Aufbruches und der Hoffnung. So werden die Finanzierungslücken beim UN-Flüchtlingshilfswerk und dem Welternährungsprogramm immer größer. Insgesamt sind die internationalen Hilfen laut Polisario um 40 Prozent zurückgegangen, im vergangenen Jahr wurden die Lebensmittelrationen gekürzt. Hinzu kommt, dass die EU die Besatzungsmacht Marokko aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen zunehmend als „privilegierten Partner“ hofiert.

Das aktuelle Interesse der Bundesregierung, Marokko zum „sicheren Herkunftsland“ zu erklären, stärkt die Position der dortigen Machthaber enorm.

Bernd Eichner . <https://www.medico.de/vergessen-und-verkauft-16410/> Veröffentlicht am 22. März 2016

Kirchenführer zur Flüchtlingsfrage

Die Kernsätze der gemeinsamen Erklärung von Papst Franziskus, dem ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. und dem orthodoxen Erzbischof Hieronymus II. bei seiner apostolischen Reise nach Lesbos:

- „Wir haben uns auf der griechischen Insel Lesbos getroffen, um unsere tiefe Besorgnis über die tragische Lage der zahlreichen Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchenden zum Ausdruck zu bringen, die nach Europa gekommen sind, weil sie vor Konfliktsituationen und – in vielen Fällen – vor der täglichen Bedrohung ihres Lebens geflohen sind.“

- „Die Tragödie erzwungener Migration und Vertreibung betrifft Millionen von Menschen und ist eine Krise der Menschheit, die zu einer Antwort der Solidarität, des Mitgefühls, der Großherzigkeit und zu einem unverzüglichen praktischen Einsatz der Ressourcen aufruft.“

- „Es bedarf dringend eines breiteren internationalen Konsenses und eines Hilfsprogrammes, um die Rechtsordnung aufrechtzuerhalten, in dieser unhaltbaren Situation die grundlegenden Menschenrechte zu verteidigen, Minderheiten zu schützen, Menschenhandel und -schmuggel zu bekämpfen, gefährliche Routen wie die über das Ägäische Meer und das gesamte Mittelmeer

auszuschließen und um sichere Umsiedlungsverfahren zu entwickeln.“

- „Solange die Not besteht, ersuchen wir nachdrücklich alle Länder, zeitlich beschränktes Asyl zu verlängern, denen, die dafür infrage kommen, den Flüchtlingsstatus zu gewähren, ihre Hilfskapazitäten auszudehnen und mit allen Männern und Frauen guten Willens für eine schnelle Beilegung der laufenden Konflikte zu arbeiten.“

- „Was uns betrifft, so beschließen wir im Gehorsam gegenüber dem Willen unseres Herrn Jesus Christus fest und aus ganzem Herzen, unsere Anstrengungen zur

Förderung der vollen Einheit aller Christen zu verstärken.“

- „Wir bitten die internationale Gemeinschaft dringend, den Schutz menschlichen Lebens zur Priorität zu erheben und auf allen Ebenen inklusive Politik zu unterstützen, die sich auf alle Religionsgemeinschaften erstreckt.“

- „Die schreckliche Situation all derer, die von der gegenwärtigen humanitären Krise betroffen sind, einschließlich so vieler unserer christlichen Brüder und Schwestern, verlangt unser fortwährendes Gebet.“

Etwas mehr Licht, bitte! ... aus der Dunkelkammer Absurdistans

Absurdes für Deutschland (AfD)

oder: Wir schaffen Fluchtursachen auch im eigenen Land

von Martin F. Herndlhofer

Wie gehen wir mit diesen Menschen um? Wenn Verachtung nicht sein darf – denn das ist ja ihr Ding. Wie also dann? Wenn wir erleben, wie, frei von sogenannten zivilisatorischen Zwängen, zwanglos, aber zwanghaft, nicht locker, schon gar nicht cool, sich die Rache, die Revanche in die Welt brüllt, für alles, was „man“ meint, vorenthalten bekommen zu haben oder auch tatsächlich hat. Für alles, für das man sich eigentlich schämen müsste, weil man zusammen mit Leuten wie Attacien oder irgendwelchen Occupyleuten oder sonstigem linken Gesindel oder meinetwegen frommpolitischen pax christen oder gar mit den Sprüchen dieses Franziskus im Ohr, nie seinen Arsch zu heben bereit war, als die Banken gerettet werden sollten und „man“ dafür zu zahlen hatte. Oder damals, als Rot-Grün mit Hartz 4 und der Agenda 2010 die Restbestände des sogenannten Sozialen am hiesigen Kapitalismus zu schleifen begonnen hatten.

Wer das Glaubensbekenntnis, die Glaubenswahrheit und die Glaubenshaltung des Kapitalismus - dass es nämlich nur zweierlei gibt: Gewinner und Verlierer, ein drittes gibt es nicht - wenn er oder sie das bis ins Rückgrat hinein verinnerlicht und wenn er oder sie sich immer als Verlierer erlebt hat (oder sich das auch nur einbildet); wer dann vielleicht gar noch durch selbst ernannte Eliten und Abzocker des bürgerlichen globalen Weltengelümmels verhöhnt wurde, als von diesem Pack gar - Gipfel der asozialen Dekadenz - der Spruch zu hören war: „Eure Armut kotzt mich an!“ – dann, ja dann bleibt nur mehr eine Möglichkeit, überhaupt noch Sieger zu sein, indem „man“ auf den Köpfen der einzigen noch verbliebenen Verlierer, nämlich der Geflohenen und Schutz Suchenden, herum trampeln kann. „Da wird man doch wohl noch trampeln dürfen“, grölt die

Männlich-Weiße-Mittelschicht-Charaktermaske und der kreischende Trampel an seiner Seite.

Denn es wäre für viele auf Dauer unerträglich, in einem unbewachten Moment irritierender rationaler Klarheit, vor dem Spiegel und vor seiner nackten Wahrheit stehend, sich subalternes Arschloch nennen zu müssen.

Das Dilemma für uns ist nur: Sie sind nicht „die Anderen“, sie sind Teil von uns, ob’s uns passt oder nicht. Wie gehen wir also damit um?

Vielleicht ist die Lösung doch die – wir haben ja kaum eine Alternative: Sie kontrolliert mitmachen lassen? Wenn sie nämlich kein Gedanke, kein Argument erreicht, keine Fakten ankommen, sie widerlegt, sie zum Weiterdenken bewegen können, weil die Ursachen nicht rationaler Art sind, wenn alles bequemerweise zur Lügenpresse wird, was sie nicht hören wollen, dann kann es allein ihre Praxis sein. Sie ist der ultimative Prüfstand, die kritisch und kontrolliert begleitete Praxis.

Das ist – entgegen dem vordergründigen Anschein – für uns ein immens rationaler Akt. Reibt sich allerdings mit dem Gefühl, dem Drang, dem besorgten Interesse, draufhauen zu müssen, sich diesen menschenverachtenden Schrott nicht anhören, die Gefährdung der Flüchtlinge und anderer Opfer nicht tatenlos hinnehmen zu wollen.

Die weitere, noch weit schwierigere Frage ist allerdings: Wie gehen wir damit um, wenn ganz Teile der staatlichen Apparate, von Legislative über Judikative bis Exekutive, immer offensichtlicher Teil des rechten Problems sind – irgendwo zwischen Vorfeld und Hauptfeld dieses absurden Spuks?

Sarrazin war schon früher

Eine Äußerung Klaus Landowskys, damals Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, fasste die Stimmungslage gut zusammen:

„Es kann nicht sein, dass ein Teil der Ausländer bettelnd, betragend, ja auch Messer stechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort ‚Asyl‘ rufen dem Steuerzahler auf der Tasche liegen.“

Aus: Appel, Roland: Die Asyl-Lüge: Was tun, wenn ein Grundrecht demontiert wird? in: Appel, Roland / Roth, Claudia: Die Asyl-Lüge, Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Köln 1992: 12-58 und 32

Globalisierte Solidarität
oder Renationalisierung
Weltbürger
oder Wutbürger
Freizügigkeit
oder Festung

Der Krieg - ein Erntedankfest

von Martin F. Herndlhofer

Wer in Krieg investiert
der erntet -
was?

Natürlich Wachstum!
was denn sonst:

An Profit,
an Krieg,
und an Menschen,
die sterben,
oder solchen,
die davor
oder daraus
fliehen.

Krieg ist also
so lange
nur schwer zu beenden,
wie daran noch immer
verdient wird.

Und da das Grundgesetz
des Kapitalismus heißt,
dass immer irgendwer
an irgendetwas
verdienen müssen muss,
und dass nur die Fittesten
überleben können sollen,
und alle anderen
in die Überflüssigkeit
oder aus dem Land
abgeschoben
oder weggeflüchtet
werden,
haben wir mit dem
Nichtkrieg
ein Problem,
solange es Kapitalismus
gibt.

Kapitalismus ist also
als Normalzustand
im Wesentlichen
so etwas
wie ein Dauerkrieg.

Wie wäre das aber jetzt,
umgekehrt?

Wenn also
der Konkurrenzkampf
stillsteht,
die Waffen
im Krieg
an den Börsen
verstummen,
und die Märkte
für die Waffen sowieso,
wenn die Verluste
sich häufen,
weil sich gar nichts mehr

an all dem
überflüssigen Zeug
oder an leistungsloser
Spekulation
verdienen lässt?

Wenn mensch also
unversehens beginnt -
endlich beginnen kann -,
wegen dieser Verluste
dem Leben selbst
einen Gewinn
abzugewinnen

- was dann?

Dann, ja dann
haben wir
eine Krise!

Die Würde-Seite des Flüchtlings und worauf er gefälligst zu achten hat

Was gilt es zu schützen – und was ist durch die Flüchtlinge zu beachten und zu achten, wenn sie integriert werden wollen? Zunächst einmal die (abendländischen) Grundwerte: Basiswert, Nennwert, Mehrwert, Kaufwert, Verkaufswert, Gebrauchtwert, Grund- und Bodenwerte, Tauschwert, Kurswert und Zeitwert. (Ob im bayrischen Grundwertekanon auch noch die Leberwerte stehen, ist nicht eindeutig).

Und dann ist da natürlich die Verfassung. Und mit der Verfassung die Würde des Menschen. Dort steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar - oder unteilbar - so ähnlich. Unteilbar, weil man sozusagen nicht ein Stück abschneiden, sie splitten, sozusagen portionieren kann, auch nicht die Herren de Maiziere oder Schäuble oder gar Seehofer, die dürfen das auch nicht.

Das ergibt jetzt aber ein Problem. Denn der oberste Glaubensartikel in diesem Land, also der ganz andere Verfassungsgrundsatz, kurz: eben die Verfasstheit der Gegenwart besagt: Freie Kräfte auf dem freien Markt. Es gibt prinzipiell nichts, was der unsichtbaren, segnenden Hand des Marktes entzogen werden darf.

Wer sich vom freien Markt distanziert oder irgendwas und irgendwen von ihm fernhält, der ist entweder verwirrt oder von gestern oder er sehnt sich nach roten Socken. Und er ist ein Verfassungsfeind.

Das ist ein Dilemma, ein richtiger Verfassungskonflikt. Denn: Die Würde des Menschen ist ja unantastbar, andererseits darf sie dem freien Markt nicht vorenthalten werden. Deshalb muss sie teilbar sein. Ein Stückchen, hier eins da. Denn in ihrer Ganzheit könnte sie sich dem

freien Markt nicht erschließen, sie wäre also nicht verwertbar.

Und sie muss kontrollierbar sein. Das unterscheidet die Würde des Menschen von dem, wie das Kapital gewürdigt wird. Deshalb gibt es keine Kapitalverkehrs-kontrollen, wohl aber muss die Würde des Menschen in ihrer freien Ausübung kontrolliert werden können, vor allem dann, wenn sie sich



auf der Flucht befindet.

Das Beispiel Asyl und die Asyl-Anerkennungsbehörde. Sie sagt in etwa: Natürlich würdigen wir die Asylgründe des potentiellen Scheinasylanten. Aber andererseits kann er nicht nachweisen, dass er umgebracht wird, wenn er zurückgeht. Er kann nicht hieb- und stichfest belegen, dass er erschlagen oder erstochen wird.

Und da er das nicht nachweisen kann, ist er zwar einerseits würdig, letztlich aber unglaublich unwürdig. Deshalb muss er als Scheinasylant gekennzeichnet werden. Und

so wird die Asyl-Anerkennungs- zur Asylanten-Kennungsbehörde.

Und in seinen Papieren steht: Dies ist ein Scheinasylant. Die Würde dieses Menschen ist laut Art. 1 des GG selbstverständlich unantastbar. Da er aber kein Computerfachmann ist und hierzulande auch nicht investieren will, ist seine Marktwürde kaum gegeben. Ergo: Die Würde dieses Menschen ist untragbar.

Sollte jedoch das gesunde Volksempfinden seine Würde in die eigenen Hände nehmen, mit Feuer und Prügeln und Stiefeln, dann kann man den Scheinasylanten nur dadurch schützen, dass man ihn in ein sicheres Drittland abschiebt oder gleich gar nicht ins Land lässt.

So gesehen ist die Ablehnung des Asylantrags ein humanitärer Akt.

Das ist gut eingeübt. Deutsche Behörden haben da eine lange Tradition, Vorschrift ist Vorschrift, Befehl ist Befehl, Pflicht ist Pflicht: Heute in sichere Drittländer, früher in sichere Endlösungszonen. Denn, so ein ehemaliger spitzen-politischer Marinerichter, was damals richtig war, kann heute doch nicht ganz falsch sein. Oder?

von Martin F. Herndlhofer

Publikationen/Links

Herbert Böttcher: »Handlungsbedarf – Offener Brief« (an die Interessenten der Zeitschrift *EXIT – Krise und Kritik der Warengesellschaft*) Website: <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=aktuelles&index=8&psnr=640>

Kurz, Robert, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003



Hart an der Grenze – LuXemburg 1/2016 zu Flucht und Migration: <http://www.rosalux.de/publication/42263>

Flucht & Migration, Friedensforum. Zeitschrift der Friedensbewegung 3/2016, <http://www.friedenskooperative.de/ff.htm>

Das große Vorbeben. Ökonomische Aspekte der Wanderungs- und Fluchtbewegungen. Von Manfred Sohn, in: *junge welt* 09.03.2016

Kapitalismus und Migration, <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/> Nr. 105, März 2016 www.fr-online.de/migration

<http://www.fr-online.de/philosophen-zur-fluechtlingskrise/essaypreis-die-interessen-der-fluechtlinge,34100702,34100814.html>

Medico: <https://www.medico.de/migration/>

KAIROS Europa Deutschland e.V. RUNDBRIEF für Mitglieder & FreundInnen. April 2016 Im Blickpunkt: Krisen, die Menschen in die Flucht treiben http://kairoseuropa.de/?page_id=30

Migrationscharta, <http://neuemigrationspolitik.ch/>

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung: Sand im Getriebe (SIG), 117, 118 und 119: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Fluchtursachen: Die Regime-Change - Kriege des Westens und seines militärisch-industriellen Komplexes in SiG 117

Zu Fluchtursachen: <http://www.attac.de/bildungsangebot/basistexte/>

Politische Aktionsformen erlernen und ausprobieren:

<http://www.attac.de/bildungsangebot/aktionsakademie/>

- Flüchtlinge aufnehmen – Fluchtursachen beseitigen, von Thomas Eberhardt-Köster
- Asylpolitik Deutschlands und der EU, von Wolf-Dieter Just,
- Zeit zum Umverteilen – Es ist genug für Alle da: Zur Finanzierung der Kosten für Flüchtlinge durch eine andere Steuerpolitik von Achim Heier

alle drei im: <http://theorieblog.attac.de/tag/flucht/>

Franz Segbers / Simon Wiesgickl (Hrsg.) »Diese Wirtschaft tötet« (Papst Franziskus) Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 256 Seiten | In Kooperation mit Publik-Forum | 2015 | EUR 16,80 | ISBN 978-3-89965-656-5 – online:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst/publikationen/VSA_Segbers_Wiesgickl_Diese_Wirtschaft_Netz.pdf

Franz Segbers, Wie Armut in Deutschland Menschenrechte verletzt. Verlag: Publik-Forum Edition / 94 Seiten / EUR 11,90 ISBN-10: 3880952965

Hinter den Schlagzeilen. Magazin für Kultur und Rebellion. Hrsg. von Konstantin Wecker: <http://hinter-den-schlagzeilen.de/2016/04/06/fluechtlingskrise-die->

<http://www.recht-auf-willkommen.de/startseite.html>

Wider die Asyllügen und Vorurteile, ISW-München <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/wider-die-asylluegen-und-vorurteile-fakten-und-argumente-zum-thema-fluechtlinge-und-asyll>

„Migration und Menschenrecht heute“ Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie der Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt. 60 Seiten; Bestellung (3,50 Euro): <http://www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen>

IMI-Analyse : FRONTEX 2.0. – Auf dem Weg zur (Grenz-)Polizei der EU, <http://www.imi-online.de/2015/12/19/frontex-2-0-auf-dem-weg-zur-grenz-polizei-der-eu/>

Michael Lüders: Wer den Wind sät. (siehe [micha links](http://www.micha-link.de) 2015-3)

Markus Metz/Georg Seeßlein, Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge, Bertz + Fischer, Berlin 2016

Veranstaltungen

Hessisches Sozialforum

Samstag, 2. Juli 2016, 10:00 Uhr - 15:30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Frankfurt am Main

Die Zahl der Armen und die Zahl der Reichen in Hessen wächst; die halbherzige Integration der Geflüchteten droht die gesellschaftlichen Spannungen zu vergrößern. Trotz blühender Wirtschaft steigt die öffentliche Armut; die sozialen Infrastrukturen sind marode. Wie können die wachsenden sozialen Spaltungen zugunsten von mehr Teilhabe, Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit überwunden werden?

Das elfte Hessische Sozialforum stellt die Frage der Verteilungsgerechtigkeit für alle und fordert eine andere Sozialpolitik für Hessen.

„Kann Begleitung Menschen schützen?“

10. Juni 2016, Mainz

Peace brigade international und Nonviolent Peaceforce
www.gewalt-loest-keine-konflikte.de

Zusammenkunft der Bewegungen

des Willkommens, der Solidarität, der Migration und des Antirassismus
vom 10.-12. Juni in Leipzig

<https://www.recht-auf-willkommen.de/startseite.html>

Veranstaltung

der LAG Linke Christinnen und Christen in Hessen am 30. Juni 2016 ab 19.00 zum Thema:

„Friedenspolitische Positionen der Kirche“

Anschließend Mitgliederversammlung

Veranstaltung

der LAG Linke Christinnen und Christen in Hessen geplant im Herbst 2016 mit dem Arbeitstitel: „1 Jahr nach der Flüchtlingskrise - 1 Jahr vor der Bundestagswahl“ zu Kirchen- und Europapolitik in der Flüchtlingsfrage.

Vorschau

Ausgabe *micha.links*: Sommer 2016 – Schwerpunktthema: Israel / Palästina. (verantw. Christoph Rinnerberg und Franz Segbers)

Ausgabe *micha.links*: Herbst 2016 – Schwerpunktthema: Laizität

Redaktionsteam: Hartmut Futterlieb, Martin F. Herndlhofer, Bruno Kern, Gerhard Kern, Franz Segbers, Katja Strobel, Steffi Wahl.

Herausgegeben

von der LAG LINKE CHRISTINNEN und CHRISTEN in Hessen.

Sprecher: Dr. Franz Segbers,

Bezug von *micha.links*: Sie können *micha.links* kostenfrei beziehen unter: benno.poertner@die-linke-hessen.de

Impressum: benno.poertner@die-linke-hessen.de